

April 1937
10 Nummern
für die
Programm.
1,45 für
3,00 Zeit,
drücker,
u. 10,00
er, Birt-
Oberauf-
r Antile,
schludt,
Schöne
anz bis

Zschopauer Tageblatt und Anzeiger

Wochenblatt für Zschopau und Umgegend

Abnehmerpreise: Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Hfg., die 9 mm breite Millimeterzeile im Textteil 25 Hfg.; Nachzahlung E. Hfg. und Nachwegebühre 25 Hfg. zuzügl. Porto

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtskommission Zschopau und des Stadtrats zu Zschopau behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau — Bankkonten: Ergebenbüchse Handelsbank o. W. m. B. Zschopau Gemeindepflichtamt: Zschopau Nr. 41; Postfachkonto: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Zeitungs für die Orte: Krumhermsdorf, Waldkirchen, Börnichen, Döszdorf, Sellischthal, Weichbach, Petersdorf, Gernau, Dittmannsdorf, Wilsdorf, Scharfenstein, Schölköhen, Borchendorf

Nr. 76

Freitag, den 2. April 1937

105. Jahrgang

Nicht Ende, sondern Beginn

Reichsminister Dr. Frick über die neue Stellung Lübecks

Lübeck, den 1. April. (Drahtmeldung)

Bei seiner Ankunft in Lübeck wurde Reichsminister Dr. Frick auf das herzlichste begrüßt. Vor dem Rathaus sprach Dr. Frick die Front der aufmarschierten Ehrenformationen ab und begab sich hierauf in den Audienzsaal, wo in einem feierlichen Staatsakt die Eingliederung Lübecks in einen einheitlichen Reichsstaat vollzogen wurde.

Nach der Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters hielt Dr. Frick eine Rede, in der er nach einem geschichtlichen Rückblick u. a. ausführte:

Wenn das Gesetz über die Gebietsverordnungen in der letzten Gesetzesprache des Dritten Reiches den geschichtlichen Vorgang, der heute Wirklichkeit geworden ist, in die knappen Worte faßt: „Das Land Lübeck geht auf das Land Preußen über“, so bedeutet dies lediglich nicht anderes, als daß Lübeck in den Reichsstaat eintritt. Hierin liegt die staatspolitische Bedeutung der Reichsreformmaßnahmen, die wir heute feierlich begreifen. Wir müssen uns dabei darüber klar sein, daß das, was sich für Lübeck heute in der äußeren Form vollzieht, seine innere Grundlage bereits im Neuaufbaugesetz vom 30. Januar 1934 hat, durch das nicht nur Lübeck, sondern alle deutschen Länder staatsrechtlich in den Reichsstaat übergeführt worden sind.

Die Länder bilden heute die Verwaltungseinheiten des Einheitsstaates und sind zugleich mit Selbstverwaltung ausgestattet. Da wir als Träger der Verwaltung — von der gemeinsamen Selbstverwaltung abgesehen — noch zwischen Reichsverwaltung und Landesverwaltung unterscheiden, sehen heute den Bezirksrat für die allgemeine Verwaltung, wie sie sich auch in den heutigen Ländern darstellen, die Bezirke der Reichslandverwaltungen gegenüber. Infolge dieser Vielheit von Verwaltungsbereichen für die verschiedenen Verwaltungszweige liegt über der norddeutschen Landschaft ein einigartiges Netz von Verwaltungsbezirken. Der Grund dafür, daß jede Reichslandverwaltung sich ihren eigenen Bezirk bildet, ist die mangelnde Einheitlichkeit in der Größenordnung der deutschen Länder. Die Besetzung des staatlichen Verwaltungsbezirks Lübeck und die Vereinigung Lübecks mit der Provinz Schleswig-Holstein ist neben der Bildung von Groß-Hamburg ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebietlichen Neuordnung der Verwaltung im norddeutschen Raum, die eine weitgehende Vereinheitlichung der verschiedenen Sonderverwaltungsbezirke zur Folge haben wird.

Ueber den Lübecker Wirtschafts- und Kulturraum hinaus ist aber das neue Gesetz von allgemeiner Bedeutung, indem erstmalig im Dritten Reich abgelesen von der im Dezember 1933 erfolgten Vereinigung der beiden Länder Mecklenburg, die regionale Neuordnung angeordnet wird, die das Gesetz betanfällig sowohl an der Travemündung wie an der Elbmündung und Sadenmündung durchführt. — Dieses Gesetz ist als ein Ausfluß der Reichsplanung zu werten, wobei sich die für Lübeck getroffene Lösung zwangslos ergibt: Wird davon ausgegangen, daß das Reichsgebiet im Zuge der Reichsneuegliederung in Reichsgaue etwa von der Größe der heutigen preußischen

Provinzen oder der größeren angerechneten Länder abgegrenzt, dann war es ausgeschlossen, für Lübeck die Stellung eines eigenen Reichsgaues vorzusehen. Diese Erkenntnis trat sich bei der zunehmenden Großräumigkeit der modernen Wirtschaftsräume und der neuzeitlichen Verkehrsmittel mehr oder weniger durchgesetzt, so daß es heute für niemand mehr einen Zweifel gibt, daß die Eingliederung Lübecks in einen Reichsgau die Liquidation der bisherigen Stadt-Staat-Epoche bedingt.

So fallen heute Grenzpfähle und Schranken, die Lübeck von seinem natürlichen Hinterland und Wirtschaftsgebiet trennten und ein hartes Hindernis für die völlige Entfaltung der Kräfte Lübecks in seinem Wirtschaftsraum bildeten. Mit dem heutigen Tage ist die Einheit des auf festen und natürlichen Grenzen beruhenden lübeckischen Kultur- und Wirtschaftsraumes hergestellt.

So ist es denn heute meine Aufgabe, im Namen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung die Hansestadt Lübeck als freie Stadt der Provinz Schleswig-Holstein im Verband Preußens aufzunehmen. Preußen hat in der Geschichte stets deutsche Politik getrieben und den Gebieten, die neu eintraten, seine besondere Fürsorge angedeihen lassen. Daß dies auch gegenüber der Hansestadt Lübeck und gegenüber den lübeckischen Gemeinden, soweit sie zu Preußen treten, geschieht, verleihe ich hier feierlich auch im besonderen Auftrag des Herrn Reichspräsidenten: Die Hansestadt Lübeck bildet künftig einen Stadtkreis im Regierungsbezirk Schleswig. Wenn sich damit die Eingliederung Lübecks vom Stadt-Staat zur deutschen Stadtgemeinde vollendet, so habe ich bereits angeordnet, daß trotz der staatlichen Selbständigkeit in Lübeck das Bewußtsein einer besonderen Stadtpflichten auch in der Vergangenheit stets lebendig erhalten ist.

Die Einführung der Deutschen Gemeindeordnung, die nunmehr für die Verwaltung Lübecks wie für die Verwaltungen aller deutschen Gemeinden die Grundlage bildet, findet hier also einen vorbereiteten Boden, und ich habe keinen Zweifel, daß sie sich völlig reibungslos vollziehen wird. Wenn damit ein weiterer Schritt zur Rechtfertigung aller deutschen Gemeinden getan ist, wenn in absehbarer Zeit die letzten Ausnahmen von der Geltung der Deutschen Gemeindeordnung beseitigt sein werden, so ist es mir bei der bisherigen Sonderstellung der Hansestadt ein besonderes Bedürfnis, hier anzusprechen, daß dieser Schritt zur Rechts- und Reichseinheit die tatsächliche Eigenart dieser Städte nicht beeinträchtigen, die Besonderheit ihrer Bedürfnisse nicht beseitigen darf.

Nachdem Reichsminister Dr. Frick dann dem Reichsstatthalter Hildebrandt für seine mühevollen Arbeiten am Wiederaufbau Lübecks gedankt und die Bürger und Bürgerinnen Lübecks als Würdiger des jüngsten deutschen Stadtkreises begrüßt hatte, schloß er: „An der Aufgabe Lübecks, Ministerin zu sein zwischen Deutschland und den Völkern im baltischen Raum hat sich durch die verfassungsmäßige Neuordnung nichts geändert. Wir stehen hier heute nicht am Ende einer Entwicklung, sondern an deren Beginn.“

Reichsminister, den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Gauleiter Lohse, und dem Reichsstatthalter von Oldenburg, Gauleiter Röber, vollzogen. Sowohl Reichsstatthalter Röber als sein alter Kampfgefährte Gauleiter Lohse gaben in herzlichsten Worten ihrer Freude über den historischen Augenblick Ausdruck, der eigentlich nur äußerer Abschluß einer selbstverständlichen und natürlichen Entwicklung ist.

Nach dem Staatsakt fand auf dem von Menschenmengen umfüllten Gauiter Markt ein eindrucksvoller Vorbeimarsch vor dem Reichsminister statt, an dem neben den Gliederungen der Partei auch eine Ehrenkompanie der Wehrmacht teilnahm.

Groß-Hamburgs Dank an den Führer

„Deutschlands Tor zur Welt wesentlich vergrößert“

Eine machtvolle Kundgebung der Partei und ihrer Gliederungen auf dem Adolf-Hitler-Platz beschloß am Donnerstagabend die Feiern aus Anlaß des Inkrafttretens des Groß-Hamburg-Gesetzes. In einer Stärke von 30.000 Mann waren Abordnungen sämtlicher Gliederungen der Bewegung aufmarschiert. Unzählige Tausende Hamburger waren hinter den Sperrketten und in den umliegenden Straßen zusammengedrängt, um ihre Freude und ihre Anteilnahme an der durch den Nationalsozialismus gesunden Lösung der Groß-Hamburg-Frage zu bekunden.

Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, wies darauf hin, daß dieser Akt der ersten großen regionalen Reform des neuen Reiches sich am Geburtstag Bismarcks vollzieht, des Mannes, der durch den Zusammenstoß getrennter Gebiete zum Deutschen Reich den bisher bedeutendsten gebietsmäßigen Reformierungsakt in der Geschichte der Deutschen leistete. Die Verwirklichung der Hamburger Grenzgebung ist eine Tat in seinem Sinn. Der Nationalsozialismus hat Gauen und Massen, Parteien und Verbände, die Herrschaft aller internationalen Verbundenen zerstört und eine Herrschaft ausgerichtet, die nur ein Interesse kennt: das Wohl Deutschlands. Diesen neuen Geist, der das Gesamtinteresse über die Einzelinteressen stellt, diesen Geist, durch den auch Groß-Hamburg verwirklicht wurde, dankt Deutschland nicht dem Führer den alten Parteigenossen der Kampfzeit, den alten Kampfgenossen, die zum Führer standen durch alle schweren Zeiten, die für ihn opfereten, kämpften, bluteten und starben. Niemals soll er vergessen werden, der Blutsonntag von Altona 1932, an dem 18 deutsche Menschen ihr Leben hingaben für Adolf Hitler und seine Idee. Die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung des Gebietes dieses neuen Groß-Hamburgs ist mit Blut geschrieben worden.

Mit dem heutigen Tage ist das große Tor Deutschlands in die Welt wesentlich vergrößert worden. Nicht Isolierung will Deutschland sondern Führung und Austausch.

Deutschland hält seine Tore zur Welt offen

Deutschland weiß, daß mit dem Austausch von Waren Hand in Hand geht der Austausch von Gütern der Kultur. Deutschland weiß, daß mit dem Austausch von Gütern der Kultur Hand in Hand geht eine Förderung des Verständnisses der Völker untereinander. Die Förderung des Verständnisses aber dient dem Frieden der Welt!

Mögen internationale Kräfte auch noch immer gähnen, Unfrieden in unser Volk tragen zu können, mögen Verdächtige die Hoffnung haben, durch feindlichen Streit die Einigkeit zu stören, es wird ihnen nicht gelingen! Unser Volk weiß, daß politisierende Priester einst als Führer von Parteien mit religiösen Anführern wirkten, Deutschland an den Rand des Bolschewismus zu bringen.

Unser Volk weiß, daß die Idee und die organisierte Kraft des Nationalsozialismus die Volkseiferung Deutschlands verbindet. Das deutsche Volk wird sich nicht so leicht erlähmt durch die Hoffnungen der Falschen. Es wird die großen Werke christlicher Nächstenliebe der A. N. Volkswohlfahrt und der Winterhilfe fortzuführen und aufbauen. Da? deutsche Volk wird den Beweis seines Christentums der Tat immer wieder erbringen durch Wirken für Frieden im Innern und Wirken für Frieden zwischen den Nationen, wie es hierfür bisher erfolgreich gewirkt hat unter seinem Führer.

Reichsorganisationsleiter Dr. Lohse schloß seine Ansprache: „Wir wollen im flammenden Schein der Fackeln wiederum geloben: Wir glauben an dieser Erde allein an Adolf Hitler! Wir glauben an einen Herrgott im Himmel, der uns segnet! Wir glauben, daß dieser Herrgott uns Adolf Hitler gesandt hat, damit er Deutschland befreit und zu Glück und Freude führt.“

Staatsakt in Entin

Der oldenburgische Landesteil von Lübeck übernommen

Reichsminister Dr. Frick übernahm mit einem feierlichen Staatsakt im Entiner „Schloß-Hotel“ den bisherig. oldenburgischen Landesteil Lübeck in die Verwaltung Preußens. Damit wurde dieser Landesteil ein neuer Stadtkreis der Provinz Schleswig-Holstein.

Die traditionsreiche bisherige Regierungssiedlung Entin liegt in einer reizenden, von Buchenwäldern umfüllten Seenlandschaft. In Entin stand die Wiege des großen deutschen Komponisten Carl Maria von Weber; mit dieser Stadt ist auch das Leben und Wirken unserer deutschen Dichter um die Wende des 18. Jahrhunderts untrennbar verknüpft. Aus Anlaß des Staatsaktes hatte die Stadt reichen Klagen Schmid angelegt. Von nah und fern war die Bevölkerung herbeigeeilt, um der Vortragsbertragung des Staatsaktes am dem Saal des „Schloß-Hotels“ zu folgen.

Zu Beginn der Feier begrüßte Regierungspräsident Böhmcker den Reichsminister und die Ehrenräte von Partei, Staat und Wehrmacht. Dann nahm Reichsinneminister Dr. Frick das Wort.

Der Minister betonte, daß die Neugliederung des Reiches nicht von Zufällen, sondern von historischen Gesetzmäßigkeiten oder von Faktoren bestimmt sein dürfte, sondern daß sie dem deutschen Volk auf den Leib zugeschnitten werden müsse. Anschließend sei erwähnt, daß der neue Kreis zweifelsfrei einen klaren vorgegebenen Zusammen-

hang darstelle, und daß er seinen vorgegebenen Platz zweifelsfrei im Saale der Landschaft Schleswig-Holstein finde. Im übrigen seien Preußen und Oldenburg keine selbständigen Staatsgebilde mehr. Dieser eingewurzelte, durch die sogenannte Weimarer Verfassung noch verfestigte Irrglaube müsse herab aus dem Denken zahlreicher deutscher Volksgenossen, Oldenburg und Preußen seien deutsche Verwaltungseinheiten, getrennt und geleitet nicht von Preußen und Oldenburgern, sondern von Deutschen.

„So übernehme ich denn“, so beendete der Minister seine Ansprache, „den bisher oldenburgischen Landesteil Lübeck in die Verwaltung Preußens als Treuhänder des Reiches. Die Einwohner dieses Landkreises, die ich in ihrem neuen Verwaltungsbezirk auf das herzlichste willkommen heiße, werden durch diese Neuordnung nicht etwa Preußen; Zeit im Februar 1934 in Verfolg des Neuaufbaugesetzes, das den deutschen Einheitsstaat schuf, an die Stelle der Staatsangehörigkeit von 16 deutschen Ländern die einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit, die Reichsangehörigkeit, getreten ist, gibt es nur noch Deutsche, die mit einem politischen Glauben kennen: den Nationalsozialismus, nur ein Vaterland: Deutschland und nur einen Führer: Adolf Hitler.“

Nach dem gemeinsamen Gesang der Nationalhymnen wurde die Uebergabe des Landesteils sodann durch Unterzeichnung der künstlerisch ausgestalteten Urkunde durch den

SLUB
Wir führen Wissen.

In wenigen Stunden quer über Europa

Eröffnung des Sommerflugdienstes der Deutschen Luftlinie am 4. April

Am 4. April beginnt der neue Sommerluftverkehr, der wie ein Bild auf den Sommerflugplan der Deutschen Luftlinie zeigt, ganz Deutschland und seine Nachbarländer mit einem dichten Netz von Flugverbindungen überzieht...

324000 Mann werden auf den Führer vereidigt

Am 20. April, dem Geburtstag des Führers Reichleiter Fritz Mehnert, macht in der NSDÄ längere Ausführungen über die Aufgabe der Partei und ihrer Gliederungen, die in der Betreuung des ganzen Volkes besteht...

Bereinigung des Landes Birkenfeld mit Preußen

Die durch das Gebietsbereinigungsgesetz vom 27. Januar ausgesprochene Ueberleitung des Landkreises Birkenfeld in das Land Preußen wurde in der neuen Kreisstadt Birkenfeld in Anwesenheit des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Staatsrat Terboven, des oldenburgischen Staatsministers Fauth als Vertreter des Reichsstatthalters von Oldenburg, des Regierungspräsidenten Dr. Wischke von Koblenz und von Vertretern der Partei, des Staates und der Wehrmacht in einem feierlichen Staatsakt vollzogen.

Eine erschütternde Statistik Sowjetrußlands

Der tiefenunterschied zwischen den Arbeiter- und den Bonzenlöhnen

Ein in der "Pravda" erschienener Artikel gibt die neueste Sowjetstatistik über den Arbeitslohn der rund 25 Millionen zählenden "Vertikalen" (d. h. aller in Industrie, Verwaltung, Behörden usw. beschäftigten Arbeiter und Angestellten) bekannt. Der Durchschnittsjahreslohn beträgt demnach zur Zeit 2770 Rubel, der durchschnittliche Monatsverdienst also 230 Rubel.

Rubeln kann der sowjetrussische Arbeiter oder Angestellte beispielsweise zur Not ein Paar Männerhalfshuhe (einer Qualität, die einem deutschen 10-Mark-Schuh noch nicht entspricht) kaufen. (Die Damenschuhe fangen meist erst bei 250 Rubeln an) Um einen Anzug zu kaufen, der in der Qualität etwa einem deutschen 30-Mark-Anzug entspricht, müßte der Sowjetangehörige oder Arbeiter sich schon zwei solche Monatsgehälter ersparen haben...

Kommunistenrevolte in tschechischen Waffenfabriken

Noter Streik gegen die Prager Regierung angedroht

In den tschechischen Bräuner Waffenwerken (Schwarzpulverwerk) kam es zu einer kommunistischen Revolte. Von der Leitung des Werkes war im Auftrag des Verteidigungsministeriums die Verbreitung kommunistischer Druckschriften innerhalb des Betriebes verboten worden. Eine Sitzung des Betriebsausschusses nahm gegen diese Maßnahme heftig Stellung.

Getreidediebstahl aus Hunger

Das Ergebnis der sowjetrussischen Misere von 1936 wird weiterhin verschwiegen. Eine Regierungsverordnung über den Wirtschaftspland der Sowjetunion im Jahre 1937 gibt in einem Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1936 eine Reihe von (z. T. bereits bekannten) statistischen Angaben für die einzelnen Wirtschaftszweige.

Streikausdehnung in Amerika

160 000 Automobilarbeiter im Ausstand. Wie aus New York gemeldet wird, ist der Gouverneur des Staates Michigan, Murphy, fieberhaft bemüht, den Streik bei der Chrysler-Automobilgesellschaft zu beenden.

Witz- und Beerenlucher spendeten 80000 RM.

dem WBN

10 000 Mark aus Einzel-Pfennig-Beträgen beim Christbaumverkauf. Im Dritten Reich müssen manchmal auf Grund jahrelanger Erfahrungen oder in Voraussicht auf die Zukunft, in jedem Fall aber zum Nutzen der davon Betroffenen, Maßnahmen getroffen werden, die anfangs nicht verstanden werden oder gar Unwillen erregen.

Voller Erfolg der Jungvolk-Verbund

Trotzdem die Aufnahme in die Jugend des Führers auf Grund nur freiwilliger Werbung vorgenommen wird liegen uns aus allen Teilen des Landes Sachsen Meldungen vor, wonach mit einem vollen Erfolg der Verbund zum Eintritt in das Turnjahr und in die Jungmädelsgruppen anrechnet werden kann.

Nr. 76
lung b
abgeru
Gochflu
dem V
1849
1897
3. M
Es
Diele
trotzer
1. Apr
len, die
Ge
behalte
fontner
in Aug
den M
merkter
stid"
den be
nossen
Augenfe
Zeit je
fallen i
lieben
Wesfide
Ein
heute f
er unte
Ru
daß es
Feiern
reumät
selbst a
Bi
teilt w
das W
strenges
raumer
In
pau un
Ob der
ob er a
gehtell
Von
dorf w
Aufgabe
fernt h
gehörig
M
richtete
Urlaub
Nahme
Deutsch
spielen.
De
pau 18,
dorf 18
Uhr.
Uhr.
Waldst
Wo
sich weg
pau.
0,80 M
In
Muskul
zeihen
lustschu
zur Br
des Da
beihole
Lehrge
alles
Tage u
Einshu
verhöbe
fontner
wisse
heller
weiten
Du
Kintat
einer G
eines
hinder
tung b
mit ein
Kopf b
Die W
seitig
Di
durch d
verhüt

„Arriba Espana“

Die Volksbewegung der spanischen Falange Von unserem nach Spanien entsandten Berliner Mitarbeiter

Salamanca, im März.

Erbittert wird nach wie vor an den Fronten des spanischen Bürgerkrieges gekämpft, und noch ist ein Ende des furchtbaren Kampfes, der nun schon fast ein Dreijahresjahr die Iberische Halbinsel heimsucht, nicht abzusehen. Es ist nützlich, von Zeit zu Zeit das Fährtenstecken an den Kampfabzweigen auf der Landkarte zu verfolgen und statt dessen zu versuchen, das Gesicht der sich gegenüberstehenden Fronten zu studieren, einmal den Blick von den strategischen Vorgängen abzuwenden und die inneren Kräfte der nationalistischen Bewegung zu erkennen zu suchen. Weisaglermäßig ist das Kräftefeld, über das Franco verfügt, aber ein Ziel ist den verschiedenen Gruppen und Bündeln gemeinsam: ein neues, freies und nationales Spanien. Ein Kerntrupp der Franco-Bewegung sind die Falangisten Primo de Rivera, des Sohnes des großen spanischen Diktators.

„Unser Flag ist draußen unter freiem Himmel, in den klaren Nächten, Gewehr bei Fuß und über uns die Sterne. Laßt doch die anderen feiern und bei schmutzigen Banketten den Tag zerreden. Wir sind auf der Wacht, in froher Erwartung harren wir der Zukunft Morgensrot.“ Mit diesen Worten schloß am 29. Oktober 1933 im Teatro Comedia in Madrid der junge José Antonio Primo de Rivera eine Versammlung, die zur Geburtsstunde der spanischen Falange wurde. Drei Jahre später hat sich diese prophetische Voraussicht erfüllt. Die Geschichte der spanischen Falange in den ersten drei Jahren ihres Bestehens ist eine einzige Kette von Unterdrückungen. Immer wieder mußten die Führer, allen voran der junge Primo de Rivera, in die Gefängnisse, erblindeten die Anhänger der Bewegung, vor allem aber die aus Arbeiterkreisen, die unter schärfstem Terror der anarchistischen und kommunistischen Gewerkschaften standen, schwerste Mißhandlungen. Gegen den „Anarcho-Syndikalismus“, das sind die anarchistischen Gewerkschaften, stellt die Falange ihren National-Syndikalismus, die nationalen Gewerkschaften. Auch ihre Farben Schwarz-Rot entstammt die Falange von links, es sind die Farben des Anarchismus und des Kommunismus in einer Flagge, zu denen als Insignum spanischer geschichtlicher Größe das durch ein Tuch zusammengehaltene Bündel der fünf Weile der „Reyes católicos“, der alten Könige von Aragon, tritt. Der Kampf der Falange aber wird: „Spanien, groß, einig und frei!“

Als der 18. Juli 1936 anbrach, befanden sich in allen Landesteilen Führer und Elite der Gefolgschaft in den Kasernen. Wo die Erhebung des Offizierskorps durchführbar war, wurden sie sofort befreit und konnten die politische Arbeit aufnehmen. Wo die Bolschewisten die Oberhand gewannen, hat man sie zu Tausenden erschossen. Es wird berichtet, daß auch der Gründer und Führer im Norden von Alicante dieses Ende fand. Die Bewegung erfaßt heute rund zwei Millionen Menschen. Von diesen gehört etwa 1/2 Million den Arbeiterkategorien an, 200 000 bis 250 000 bilden die „Primera linea“ der Miliz, der waffentragenden Freiwilligen, an den Fronten des Bürgerkrieges, die alle diejenigen umfaßt, die aus irgendeinem Grunde nicht aktiven Wehrdienst leisten können, der Bewegung aber an ihren Wohnorten zur Verfügung stehen. Die „Falange femenina“ ist mit 80 000 jungen Mädchen und Frauen in der Mitgliederzahl vertreten, und weitere 100 000 heißen „Flechas“, das heißt „Pfeile“, die Mitglieder der Jugendorganisation. Neben diesen Hauptgruppen bestehen noch einige kleinere Organisationen wie z. B. der „S.E.U.“, der Sindicato español universitario, in dem die Studenten vertreten sind. Die höchste Spitze der Partei ist nach wie vor Don José Antonio Primo de Rivera, der heute totgeschlagene Gründer, der immer mehr zu einer legendären Gestalt wird.

Um nun in der Abwesenheit des Führers die Führung als solche nicht in Frage zu stellen, wurde am 1. September letzten Jahres in Valladolid eine „Junta provisional de mando“ gewählt zu deren „Jefe“ — das ist hier Führer — der einstige Werftarbeiter Don Manuel Hedilla Varey, einer der ältesten Kämpfer und engsten Vertrauten Primo de Riveras, bestimmt wurde. Er ist heute die allein verantwortliche höchste Instanz der Falange Española. Die Milicias, die Aznar unter sich hat, sind die militärischen Formationen der Bewegung.

Die Miliz der Falange Española ist rein militärisch aufgebaut. Ihre unterste Einheit, die „Escuadra“, umfaßt 17 Mann, drei „Escuadras“ formen eine „Falange“, drei Falange eine „Centuria“, drei Centurias eine „Bandera“ und drei Banderas eine „Tercio“, der mit etwa 900 bis 1000 Mann der Stärke eines Regiments entspricht. An der Spitze einer jeden Einheit steht immer ein „Jefe“, der den Titel „Jefe de bandera“ usw. führt. Von der „Falange“ aufwärts hat jede Einheit eine Standard mit dem falangistischen Zeichen. Bewaffnet ist die Miliz im allgemeinen nur mit dem Gewehr; wo die Möglichkeit besteht, werden die Leute aber auch an Maschinenabwehr und im Handgranatenwerfen ausgebildet. Neuerdings besteht in Salamanca eine Schule für Milizoffiziere, wo Lehrer aus der Armee über Grundfragen der Taktik usw. unterrichten. Die Uniform der Falangemiliz besteht im wesentlichen aus dem blauen Hemd und einem blauen Kappl. Der Fronteinsatz der Miliz erfolgt ausschließlich nach den Anordnungen der Heeresleitung.

Im Augenblick kämpfen etwa 90 000 Falangisten an den verschiedenen Fronten, und 60 000 haben dauernden Dienst in der Fronttuppe. Der größte Teil steht vor Madrid, jedoch sind auch an den Nebenfronten bedeutende Abteilungen blaublendend zu finden. Voll Stolz betonen die Blaublenden, daß sie dreimal mehr Frontkämpfer stellen als die Requetes, die carlistischen Botmäßigen von Navarra, von denen, wie viele sagen, „uns auch sonst eine Welt trennt“.

Scharfes Vorgehen in Indien

15 führende Politiker der Kongresspartei verhaftet. Der Sekretär der Allindischen Kongresspartei, Jaganprakash Narayan, ist von den britischen Behörden mit 14 weiteren indischen Politikern verhaftet worden. Sie werden beschuldigt, gegen das ausdrückliche polizeiliche Verbot eine Kundgebung gegen die neue Verfassung veranstaltet zu haben.

Nationale Offensive auf Bilbao

Einberufung des Roten Kriegsrates

Die im Osten von Bilbao begonnene Offensive der nationalen Truppen wird mit großer Gewalt vorgetragen. Die nationalen Truppen haben die erste Widerstandslinie der Roten durchbrochen und wichtige Stellungen am Yariño-Berg und an der Straße nach Bilbao erobert. Der Angriff richtete sich dann auf Durango, das an dieser Straße etwa 20 Kilometer östlich von der roten Hafenstadt gelegen ist. Die nationale Luftwaffe hat einen vernichtenden Bombenangriff auf Durango unternommen, an dem vier schwere Bombenflugzeuge, eskortiert von mehreren Jagdflugzeugen, beteiligt waren. Die Roten melden selbst 150 Tote, behaupten jedoch, wie es die rote Lügenpropaganda stets zu tun pflegt, daß es sich in der Mehrzahl um Frauen und Kinder gehandelt habe.

Von neutraler Seite wird festgestellt, daß es sich um den schwersten Luftangriff des ganzen Bürgerkrieges gehandelt habe. Die nationale Flotte hat den Angriff der Landtruppen unterstützt, indem sie die roten Stellungen bei Lequeitio bombardierte. Lequeitio ist ein Küstenort 20 Kilometer nördlich von Durango, der den linken Flügel der roten Verteidigungslinie darstellt. Bilbao ist durch den gleichzeitigen Land-, Luft- und Seeangriff der Nationalen in einen Marschstand versetzt worden, der dadurch gekennzeichnet wird, daß der „Präsident der basischen Republik“, Llanusa, dringend einen roten Kriegsrat in Bilbao einberufen hat.

Verstärkte Gesechtstätigkeit an allen Fronten

Auf fast allen spanischen Kampfzonen ist die Gesechtstätigkeit wieder erheblich angelebt. Bis jetzt scheint es sich in erster Linie um eine sehr starke Artilleriearbeit zu handeln, die durch zahlreiche Mörserangriffe unterstützt wird. Das Feuer ist besonders heftig vor Madrid. Nach den in Paris vorliegenden Nach-

Streiks „begrüßen“ indische Verfassung

Trauerlag in Indien — Botschaft des englischen Königs

Das Inkrafttreten der neuen indischen Verfassung wurde durch die indische Kongresspartei mit Massendemonstrationen und Streikaktionen beantwortet. In Bombay wurden sechs Personen verhaftet, in Delhi deren 25. Die Kongresspartei hatte den Tag zu einem religiösen Trauertag, Sartal genannt, erklärt.

Der Streik wird überall durchgeführt, wo die Kongresspartei den Ausschlag gibt. In den meisten Städten bleiben die Basare geschlossen, obwohl die Polizei allen Ladeninhabern Schutz zugesichert hatte, falls sie gegen ihren Willen zur Schließung der Läden gezwungen werden sollten. In Kalkutta und anderen Städten erscheinen keine Zeitungen.

Der englische König hat nach Inkrafttreten der neuen Verfassung für Indien eine Botschaft an die Indianer gerichtet. Die Botschaft lautet: „Heute tritt der erste Teil jener verfassungsmäßigen Reformen in Kraft, auf die Indier und Engländer gleich viel Arbeit und Mühe verwandt haben. Ich kann diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne meinen indischen Untertanen zu versichern, daß meine Gedanken und guten Wünsche bei ihnen sind. Ein neues Kapitel wird uns eröffnet, und es ist meine sehnstige Hoffnung und mein Gedanke, daß die jetzt gebotenen Gelegenheiten tug und edelmütig für das dauernde Wohlergehen aller meiner indischen Völker genutzt werden.“

Kleine Entente berät in Belgrad

Gößere Neberassungen kaum zu erwarten.

Der Ständige Rat der Kleinen Entente trat in Belgrad unmittelbar nach der Ankunft des rumänischen Außenministers Antonescu und des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Krofta zu einer zweitägigen Konferenz zusammen. Krofta wird bis zum 3. April in Belgrad bleiben. Am 5. April trifft der tschechoslowakische Staatspräsident Dr. Benesch in der jugoslawischen Hauptstadt ein, der sich drei Tage in Belgrad aufhalten gedenkt. Zu seinen Ehren wird vor dem neuen Parlamentsgebäude eine große militärische Parade stattfinden.

Die jugoslawischen Blätter kündigten an, daß die Vertreter der drei Staaten versuchen werden, die Grundlagen für eine möglichst weitreichende Zusammenarbeit zwischen den Donaufürstentümern zu legen. Das halbamtliche „Breme“ führt aus: Auf der Tagesordnung ständen die Verträge Jugoslawiens mit Bulgarien und Italien, das spanische Problem, die Beziehungen zu den anderen Großmächten und schließlich das Grundproblem der Kleinen Entente: die Beziehungen zu Oesterreich und Ungarn.

Die der Belgrader Korrespondent des tschechoslowakischen Blattes „Prager Presse“ erfahren haben will, werden Fragen wirtschaftlicher Natur einen wichtigen Beratungsgegenstand bilden. Das Wirtschaftsabkommen zwischen Italien und Jugoslawien sehe ausdrücklich die Möglichkeit des Ausbaues zu einem Regionalabkommen vor und auch die Bereitschaft Oesterreichs zu einem engeren wirtschaftlichen Kontakt mit der Tschechoslowakei und anderen Staaten der Kleinen Entente sei ausdrücklich. Das in außenpolitischen Angelegenheiten stets gut unterrichtete „Cesko Slovo“ schreibt zu den französischen und tschechoslowakischen Blättermeldungen, daß auch die Frage der automatischen Hilfestellung zwischen den Staaten der Kleinen Entente und Frankreich im Falle eines unprovokierten Angriffes eines dritten Staates behandelt werde: „Es ist wahrscheinlich, daß die Belgrader Konferenz Verhandlungen über diese Frage anführen wird; aber nicht wahrscheinlich, daß sie irgendwelche sensationellen Beschlüsse fassen würde.“

Frankreich sieht seine Donauraumpolitik in Gefahr

Anlässlich der Eröffnung der außerordentlichen Ratstagung der Länder der Kleinen Entente besaß sich das „Deubre“ mit der vermutlichen Stellungnahme Jugoslawiens zu dem französischen Vorschlag eines gegenseitigen Bestandspaktes Frankreichs mit der Kleinen Entente gegen jeden Angreifer. Der Abschluß des italienisch-jugos-

lawischen Abkommens habe in Prag und in Bukarest in vielen Fragen eine lebhaft Kritik gefunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde die gesamte Entwicklung auf dem Balkan nach der im Anschluß an die Belgrader Konferenz stattfindenden Aussprache zwischen Benesch und Stojadinowitsch die entscheidende Wendung nehmen. Falls, was zu befürchten sei, Stojadinowitsch endgültig den Vorschlag zurückweisen sollte, hätte Frankreich auf dem Balkan eine große Partie verloren. Der Artikel 2 des italienisch-jugoslawischen Abkommens gebe Jugoslawien mehr oder weniger die Möglichkeit, im Falle eines Konflikts volle Neutralität zu wahren. In diesem Falle aber würde die Balkanpolitik für Frankreich eine unangenehme Wendung erhalten. Im „Echo de Paris“ spricht Pertinax von einer Krise der Kleinen Entente. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß die Kleine Entente demnächst nur noch ein Phantom darstellen werde, falls Stojadinowitsch seine Politik fortsetzen sollte.

Wie Frankreich das Nichteinmischungsabkommen verlegt

Die französische Zeitung „Action Française“ veröffentlicht eine Aufzählung der Transporte an Munition und Material, die, wie das Blatt wissen will, während des Monats Februar die französische Grenze nach dem roten Spanien überschritten haben. Es handelt sich um 250 aktive oder Reserveoffiziere verschiedener Armeen, darunter 150 Sowjetrussen, 15 Franzosen und 35 Offiziere anderer Nationalität, die bei Le Verthuis und zum kleineren Teil bei Cerdère auf spanisches Gebiet übertraten. Die Materialtransporte betragen nach der „Action Française“ 5150 Gewehre, darunter 3150 französische und 200 russische Herkunft, 75 000 französische Handgranaten, 20 000 englische automatische Pistolen, 15 französische Flugzeuge, 480 französische Kraftwagen und Panzerwagen sowie 125 000 Liter Benzin und 1800 Tonnen Lebensmittel.

Verständigung zwischen London und Rom

Wie ein Teil der britischen Presse berichtet, hatte der englische Botschafter in Rom, Sir Eric Drummond, eine längere Unterredung mit Graf Ciano, wobei, wie es heißt, die Möglichkeit einer Besserung der anglo-italienischen Beziehungen besprochen worden sein soll. Graf Ciano soll im übrigen dem britischen Botschafter authentisches Material übermittelt haben über die Verletzung des Nichteinmischungs-paktes durch andere Mächte, vor allem durch Sowjetrußland, aber auch durch Frankreich. Im übrigen heißt es, daß Ciano bindende Zusicherungen abgegeben habe, daß keine weiteren italienischen Truppen mehr nach Spanien gebracht würden. Die Meldung hat in der britischen Presse lebhaftest Befriedigung hervorgerufen.

Der Einsatz der SA für das neue Dankopfer

SA-Gruppenführer Mattes mit der Durchführung betraut

Der Stabschef der SA, Viktor Lube, hat zur Durchführung des diesjährigen Dankopfers der Nation folgende Anordnung erlassen: „Ich habe, wie im Vorjahre, mit den gesamten Vorarbeiten und der Durchführung des Dankopfers der Nation den Reichsgruppenverwalter der SA, R.-Gruppenführer Mattes, betraut. Um eine reibungslose Abwicklung dieser Spendenaktion zu gewährleisten und den Erfolg nicht zu gefährden, mache ich allen Einheitsführern zur unbedingten Pflicht, die ergehenden Anordnungen und Befehle genauestens zu beachten.“

Deutschlands Wille zu internationaler Mitarbeit

Die Reichsregierung hat den Beitritt des Deutschen Reiches zum Internationalen Institut für Verwaltungswissenschaften in Brüssel erklärt. Aufgabe dieses Instituts ist der Austausch der in den einzelnen Ländern auf dem Gebiete der Verwaltung gewonnenen Erfahrungen und die Aufstellung von Grundgesätzen für eine sachgemäße und zweckmäßige Verwaltung. Zum Präsidenten der Internationalen Verwaltungswissenschaftlichen Kommission hat die Reichsregierung den Staatssekretär Dr. Studart betraut. Das Reich hat damit seinem Wille und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit einen neuen praktischen Ausdruck gegeben.

Vertical text on the left margin containing various numbers and small text fragments, likely a list of contents or a reference list.

